



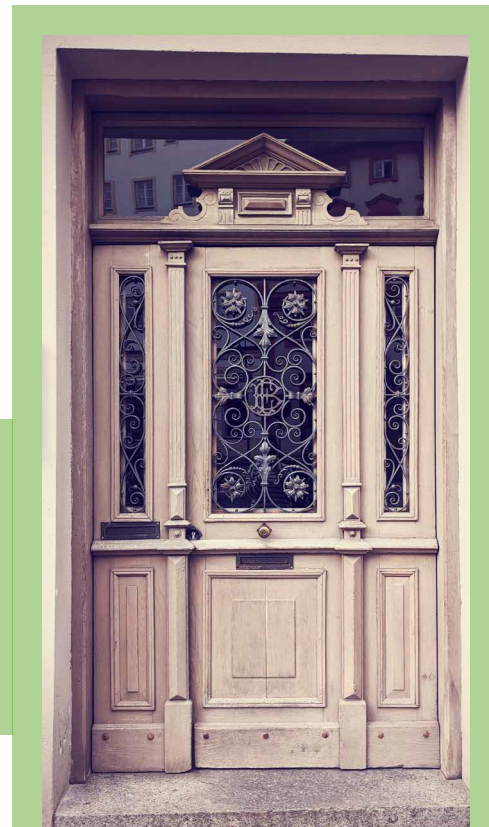
KATHOLISCHE UNIVERSITÄT
EICHSTÄTT-INGOLSTADT



Zentrum Flucht und Migration
Eichstätt-Ingolstadt

Jahresbericht 2024

Zentrum Flucht und Migration





Inhalt

Mission Statement	4
2024 im Zentrum Flucht und Migration	6
Forschung	8
Forschungsprofil und Forschungsbereiche am ZFM.....	10
Forschungsprojekte	14
Forschungsförderung.....	30
Wissenstransfer & Vernetzung	32
Vorträge, Workshops und Diskussionsbeiträge	48
Bildung & Coaching.....	52
Publikationen	57
Pressestimmen (Auswahl)	59
Impressum	60

Mission Statement

Das Zentrum Flucht und Migration (ZFM) wurde 2016/2017 an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt gegründet. Es hat sich in kurzer Zeit als interdisziplinäre Einrichtung für Forschung und Bildung etabliert. Das ZFM wirkt durch seine Forschungen im Kontext von Flucht- und Migrationsprozessen nachhaltig an der Gestaltung einer pluralen und demokratischen Gesellschaft mit.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften forschen am ZFM kooperativ zu Themen wie Zivilgesellschaft, Teilhabe, Rassismus, Bildung, mediale Öffentlichkeiten und Grenzverhältnisse in modernen Gesellschaften. In Form von Expertisen, Bildungsangeboten und Vorträgen werden unsere Forschungsbefunde über die Scientific Community hinaus auch Politik und Zivilgesellschaft zugänglich gemacht.

Forschungsfelder des ZFM

Bildung

(Im)Mobilität & Lager

Medien, Meinungen & Öffentlichkeiten

Teilhabe, Solidarität & Zivilgesellschaft

Vergangenheiten, Rassismus & Erinnerungen

Das ZFM gestaltet aktiv den fachlichen Austausch mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und den Dialog mit lokalen wie überregionalen Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft und Politik.

Unsere Bildungsangebote umfassen sowohl Workshops als auch internationale Sommerschulen und Gesprächsreihen. Mit dem Masterstudiengang „Flucht, Migration, Gesellschaft“, der am ZFM konzeptionell entwickelt wurde, existiert eine enge Kooperation.

Ziele des ZFM

Verbindung von Theorieentwicklung, empirischer Forschung und Praxistransfer

Entwicklung interdisziplinärer Forschungskooperationen in der Flucht- und Migrationsforschung

Konzeption von Bildungsangeboten für das Handlungsfeld Flucht und Migration

Aktive Gestaltung des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft

2024 im Zentrum Flucht und Migration

Liebe Leserinnen und Leser,

wir blicken auf ein bewegendes Jahr 2024 am Zentrum Flucht und Migration zurück.

In Deutschland gingen hunderttausende Menschen auf die Straße, um für eine lebendige Demokratie und gegen rechtsextreme Ideologien und die politische Bedeutungszunahme der Partei Alternative für Deutschland (AfD) zu demonstrieren. Der Verfassungsschutz stuft einige der Landesverbände dieser Partei als „gesichert rechtsextremistisch“ ein. Auch in Eichstätt versammelten sich viele Menschen, um ihre Stimme für eine lebendige und plurale Gesellschaft zu erheben.

Mit Sorge haben wir am ZFM die politische Debatte um Migration verfolgt, die insbesondere restriktive Maßnahmen statt Teilhabe in den Mittelpunkt politischer Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten rückte. Entscheidungen in der Migrationspolitik sollten sich an grundlegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen und internationalen menschen- und völkerrechtlichen Verpflichtungen orientieren. Populistische Diskurse bedrohen demokratische Errungenschaften. Wie schnell demokratische Rechte in ihren Grundfesten gefährdet werden können, beobachten wir seit Ende des Jahres – seit der Wiederwahl von Donald Trump zum 47. Präsidenten der USA. Das ZFM tritt für

eine demokratische Gesellschaft ein. Wissenschaft muss ihren Beitrag für eine Gesellschaft leisten, die auf der Basis von Sachwissen und Respekt die Gesellschaft plural gestaltet. Hetze gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und Fehlinformationen über gesellschaftliches Geschehen gefährden den demokratischen Zusammenhalt und das soziale Miteinander.

Wir haben 2024 eine Vielzahl an Aktivitäten initiiert und uns an wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Foren aktiv beteiligt, um wissenschaftsbasiert über Migration und Flucht zu informieren.

Der am Lehrstuhl für Flucht- und Migrationsforschung angesiedelte Forschungsverbund zu den Chancen auf Teilhabe von jungen Geduldeten in Ausbildung und am Arbeitsmarkt, der von der Mercator-Stiftung gefördert wurde, präsentierte an der Hochschule Düsseldorf bei seiner Abschlusskonferenz, die innerhalb kürzester Zeit ausgebucht war, Forschungsbefunde und konkrete Handlungsstrategien. Die dortigen Debatten mit kommunalen Akteuren aufgreifend, wurde im April der Policy Brief „Handlungsempfehlungen zur Förderung junger geduldeter Menschen in Ausbildung und Arbeit“ veröffentlicht. Außerdem konnte ich im Deutschen Bundestag im Ausschuss Arbeit und Soziales als Sachverständige meine Expertise zur Kritik an

der Push/Pull-Debatte, zu Abschreckungsdebatten und ihren Folgen für die Einwanderungsgesellschaft sowie zur Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden formulieren. Unsere Gesprächsreihe „In Gesellschaft“ stand im Sommersemester unter dem Motto „Bedrohungen von Rechten“ und bearbeitete im Wintersemester das Thema „Rassismen im Wandel“. Beide Gesprächsreihen widmeten sich den politischen Entwicklungen in Deutschland, aber auch internationalen Aspekten. Dr. Volker Weiß beispielsweise skizzierte die Bedeutung der Ideologien der Neuen Rechten für den Krieg in der Ukraine, der auch nach drei Jahren kein Ende gefunden hat und unzählige Menschen in die Flucht getrieben hat und treibt. Annika Brockschmidt sprach über die Entwicklungen der religiösen Rechten in den USA im Zeitverlauf. Sie zeigte dabei auf, wie die Republikanische Partei in den USA mit diesen rechten Bewegungen verbunden ist. Eingeladen wurden zudem Akteure, die aktive Arbeit gegen rechte Ideologien und Hassrede in der Gesellschaft leisten. So sprachen Judith Strieder von HateAid und Heike Kleffner vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt über konkrete gesellschaftliche Bedrohungen, aber auch über Gegenstrategien im Umgang mit Diskriminierung und Hetze. In unseren Forschungen kommen aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zur Sprache. In unserem Forschungsverbund „EZRA – Rassismus und Antisemitismus erinnern. Eine empirische Studie zur lokalen Erinnerungsarbeit

zivilgesellschaftlicher Initiativen in den Aktivitätsfeldern Nationalsozialismus, Kolonialismus und postnationalsozialistische Gewalt“ haben wir im Laufe des Jahres im Rahmen zahlreicher Gruppendiskussionen mit zivilgesellschaftlichen Engagierten gesprochen. Die Engagierten berichteten uns, dass die politischen Entwicklungen in Israel und Palästina eine Zerreißprobe für ihre politische Arbeit sowie die Thematisierung antisemitischer und rassistischer Gewaltverhältnisse darstellen. Im Juli 2025 werden wir auf Basis dieser Gruppendiskussionen in World Cafés gemeinsam mit den Initiativen Bildungsmaterialien für die Erinnerungsarbeit entwickeln.

Das ZFM wird 2025 weiterhin Themen im Bereich Flucht und Migration aufgreifen, kritisch Stellung beziehen und Interessierten im Rahmen von Veranstaltungen eine Plattform für Diskussionen bieten. Im Juli lädt das ZFM ein!

Wir geben Einblick in unsere Forschung und Gelegenheit zum Austausch und Beisammensein. Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre dieses Jahresberichts.

Eichstätt, im April 2025

Karin Jerschel



Forschung



Forschungsprofil und Forschungsbereiche am ZFM

Das Zentrum Flucht und Migration analysiert in seinen Forschungen Migrations- und Fluchtphänomene aus unterschiedlichen Perspektiven. Wir befassen uns mit Solidarität, Mitgliedschaft (citizenship) und Abwehr im Kontext konfliktiver Aushandlungen um Zugehörigkeit in Migrationsgesellschaften. Migrationsanlässe, -motive und -hindernisse haben sich im Zuge globaler Entwicklungen vervielfältigt. Die global ungleiche Verteilung von sozialen, politischen und ökonomischen Rechten ist sowohl Ursache als auch Folge soziopolitischer Grenzziehungen.

Das Zentrum Flucht und Migration untersucht in seinen Forschungen Spannungsfelder zwischen Teilhabe und Abwehr. Unsere Forschungsprojekte widmen sich z.B. zivilgesellschaftlicher Solidarität im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements, Kämpfen im Kirchenasyl oder dem Arbeitsmarktzugang von Flüchtenden. Unser Augenmerk gilt ebenso Fragen nach den Lebensbedingungen von Geflüchteten in Lagern, Meinungsbildungsprozessen in (medialen) Öffentlichkeiten, der Konstruktion von Vergangenheiten und Erinnerungen im Kontext von Bildungsprozessen in der Migrationsgesellschaft sowie der Entstehung und Verbreitung von Rassismen.

In den vergangenen Jahren ist eine Reihe an Studien entstanden, die sich nach folgenden thematischen Schwerpunkten ordnen lassen:

- Bildung
- (Im)Mobilität und Lager
- Medien, Meinungen und Öffentlichkeiten
- Teilhabe, Solidarität und Zivilgesellschaft
- Vergangenheiten, Rassismus und Erinnerungen

BILDUNG

Bildung wird verstanden als die transformative, aktive und selbsttätige Auseinandersetzung von Subjekten mit der Welt. Bildung als Selbstbildung wird dann angestoßen, wenn bestehende Selbst- und Weltverhältnisse aufgrund (u.a. migrationsbedingter) Krisen- und Fremdheitserfahrungen infrage gestellt werden.

Im Forschungsschwerpunkt Bildung befasst sich das ZFM in theoretischen und empirischen Forschungen mit Fragen nach der Gestalt sowie dem Gelingen von Bildung(-prozessen) im Kontext migrationsgesellschaftlicher (Macht-)Verhältnisse. Projekte in diesem Forschungsbereich widmen sich z.B. der Untersuchung von Holocaust Education in der Migrationsgesellschaft, Bildungsangeboten und -prozessen in Unterkünften für Flüchtende oder dem Zusammenhang von Migration, Sexualität und Geschlecht in sexueller Bildungsarbeit für Geflüchtete. Der Forschungsbereich umfasst Studien an der Schnittstelle von kritischer Migrations- und Fluchtforschung, Bildungs- und Erziehungswissenschaft sowie (Bildungs-)Soziologie.

(IM)MOBILITÄT & LAGER

Lager sind ‚Werkzeuge‘ migrationspolitischer Regierungspraktiken, da sie Ordnung und Regulation herstellen. Weltweit existieren Lager, in denen Menschen freiwillig oder unfreiwillig untergebracht sind. Lager sind soziale Orte am Rande der Gesellschaft und für Untergebrachte mit eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten verbunden. Gleichzeitig sind Menschen nie nur bloße Objekte von Regierungs- und Kontrollpolitiken, sondern sie verfügen auch unter restriktiven Bedingungen über Gestaltungsspielräume und Agency.

In diesem Forschungsbereich finden sich Arbeiten, die Migrationsbewegungen mobilitätstheoretisch untersuchen. Diese Perspektive fokussiert neben räumlichen Bewegungen auch soziale Mobilität und analysiert die Kräfteverhältnisse und Praktiken, die Menschen mobilisieren. Dabei gehen wir im Kontext der Lagerforschung von einer Dialektik von Mobilität und Immobilität sowie von Mobilisierung und Immobilisierung aus. So lässt sich nachvollziehen, wie das europäische Migrationsregime einerseits Mobilität fördert (z.B. jene der qualifizierten Arbeitsmigration) und andererseits zu verhindern versucht (z.B. Asylummigration). Mit dem Spannungsverhältnis zwischen Kontrolle und Gestaltungsmacht beschäftigen sich die Projekte in diesem Forschungsbereich.

MEDIEN, MEINUNGEN & ÖFFENTLICHKEITEN

Medien sind machtvoll gestaltende öffentliche Kommunikation. Expertinnen und Experten aus Journalismus und Kommunikation im Bereich Politik und Zivilgesellschaft prägen in digital vernetzten Öffentlichkeiten nachhaltig gesellschaftliche Diskurse und damit Meinungsbildungsprozesse, unter anderem zu Flucht und Migration.

Der Forschungsbereich Medien, Meinungen und Öffentlichkeiten steht für Projekte an der Schnittstelle von Flucht- und Migrationsforschung, Kommunikationswissenschaft und (Medien-)Ethik. Er beschäftigt sich mit den Ursachen, der Gestalt und den Folgen von pluralisierenden und polarisierenden Kommunikationsprozessen in einer digitalen Migrationsgesellschaft. Projekte mit diesem Schwerpunkt widmen sich unter anderem Fragen der medialen Repräsentation, Teilhabe aber auch Diskriminierung von Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung. Sie richten ihr Augenmerk auf die journalistische Verantwortung in öffentlichen Aushandlungsprozessen sowie auf die Rolle der Mediennutzung für die Entstehung und den Wandel solidarischer wie rassistischer Haltungen in der Aufnahmegesellschaft.

TEILHABE, SOLIDARITÄT & ZIVILGESELLSCHAFT

Flucht und Migration sind gesellschaftspolitische Konfliktfelder. Fragen von Aufnahme, Schutz, Teilhabe und Zugehörigkeit sind stetigen Aushandlungsprozessen unterworfen. Flucht- und Migrationsbewegungen stoßen sowohl auf Abwehrhaltungen in der Bevölkerung als auch auf Solidarität und Unterstützung.

In unseren Forschungen analysieren wir insbesondere die Rolle der Zivilgesellschaft jenseits rechtlich verfasseter staatlicher Institutionen und marktwirtschaftlicher Aktivitäten. Als Sphäre des bürgerschaftlichen Engagements fungiert sie einerseits idealerweise als kritisches Korrektiv und hat demokratiebildende Funktionen. Im Zuge wohlfahrtsstaatlicher Transformationen büßt sie jedoch andererseits ihre gesellschaftskritische Mittlerrolle zwischen privater Lebenswelt und institutionalisierter Sozialpolitik ein. Stattdessen droht bürgerschaftlichem Engagement sozialpolitisch eine Vereinnahmung von staatlicher Seite. Forschungen in diesem Feld befassen sich nicht nur mit der ambivalenten Rolle der Zivilgesellschaft z.B. im Engagement für geflüchtete Menschen in Kommunen, sondern fragen nach den Voraussetzungen gelingender Solidarität und Teilhabe in konfliktiven Handlungsfeldern wie z.B. dem Kirchenasyl oder der Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen in der Erinnerungspolitik.

VERGANGENHEITEN, RASSISMUS & ERINNERUNGEN

Erinnerungen sind soziale Praxen, die individuell oder kollektiv konstruiert und durch Interaktion und Kommunikation sozialer Gruppen hervorgebracht werden. Sie sind produktiven und performativen (Neu-)Aushandlungen unterworfen. Sie unterliegen sozialem Wandel und ihre Sichtbarkeit ist von der Handlungs- und Definitionsmacht sozialer Gruppen sowie (deren) Ressourcen abhängig. Vergangenheiten und Erinnerungen werden in den Forschungen des ZFM geschichtlich-historisch begriffen und aus soziologischer, erziehungs- und bildungswissenschaftlicher sowie rassismustheoretischer Perspektive untersucht.

Der Forschungsbereich fragt danach, wie in der Migrationsgesellschaft erinnert wird. Analysiert werden in Vergangenheiten und Erinnerungen eingeschriebene Machtverhältnisse. Forschungsprojekte in diesem Schwerpunkt blicken beispielsweise auf historisch-politische (Erwachsenen-)Bildung zu Nationalsozialismus und Holocaust, die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen für lokale Erinnerungspolitiken, Prozesse der Konstruktion und Tradierung von (Familien-)Narrativen und Erzählungen sowie auf die Eichstätt Lokalgeschichte zum ehemaligen Displaced Persons Camp in Eichstätt.

Forschungsprojekte

Holocaust Education in der Migrationsgesellschaft.

Erkundungen der Bildungslandschaft zu den Themen Holocaust, Nationalsozialismus und Antisemitismus für Erwachsene

#Vergangenheiten, Rassismus & Erinnerungen #Bildung

Methode

Dokumentenanalyse,
Inhaltsanalyse

Zielgruppe

Einrichtungen der
historisch-politischen
(Erwachsenen-)
Bildung

Laufzeit

seit 03/2022

Finanzierung

Eigenmittel

Projektart

ZFM-Projekt

Aufgrund ihres hohen identitätsstiftenden Potenzials ist die Auseinandersetzung mit Geschichte(n) und Vergangenheit(en) nicht nur hochinteressant, sondern bisweilen auch hoch konfliktiv. Die Beschäftigung mit dem Holocaust und der nationalsozialistischen Vergangenheit – bspw. auch in Verbindung mit der kolonialen Vergangenheit – sowie mit den damit verbundenen Ideologien der Ungleichwertigkeit führt unweigerlich zur Frage nach deren Relevanz für das Heute. Damit verbunden sind Fragen danach, wie Erinnerung gestaltet wird. Im Horizont von Migrations- und Globalisierungsprozessen bzw. im Kontext moderner Migrationsgesellschaften sind Vergegenwärtigungs- und Erinnerungspraktiken fortwährend mit Aus- und Verhandlungen zwischen Mehr- und

Minderheiten konfrontiert. Die empirische Realität einer pluralen Gesellschaft geht Hand in Hand mit (trans-)nationalen Erinnerungen. Auseinandersetzungen zu heterogenem Erinnern beeinflussen nicht nur die Praktiken des Erinnern selbst, sondern auch die pädagogische Geschichtsvermittlung, welche u. a. auf die Stärkung demokratischer Gesellschaftsverhältnisse zielt.

Das Forschungsprojekt beschäftigt sich mit der pädagogischen Vermittlung von Holocaust und Nationalsozialismus – also Holocaust Education – für erwachsene Adressatinnen und Adressaten in der Migrationsgesellschaft. Es erkundet das Feld andragogischer Bildungsangebote und analysiert, inwiefern (Erwachsenen-)Bildungseinrichtungen der Pluralität von Geschichte(n),

„Es ist sehr spannend, die verschiedenen Erwachsenenbildungseinrichtungen, ihre Angebote, ihre Positionierungen und ihre Selbstverständnisse zu erkunden und zu analysieren. Die erwachsenenpädagogische Landschaft zu Holocaust, Nationalsozialismus, aber auch zu antisemitischer und rassistischer Gewalt ist beeindruckend vielfältig. Die Thematisierung pluraler Gesellschaft zeigt sich ebenso wie die Sichtbarmachung pluraler Erinnerungen und Vergangenheiten in den Angeboten und Zielsetzungen der Bildungseinrichtungen.“



Projektverantwortliche: Elisabeth Lang

Vergangenheit(en) und Narrativen ihrer Adressatinnen und Adressaten im Kontext moderner Migrationen als gesellschaftliche Normalität Rechnung tragen. Das Forschungsprojekt fragt, wie historisch-politische Bildung zu Holocaust und Nationalsozialismus aus Perspektive der Bildungseinrichtungen gestaltet ist.

Das Projekt bedient sich eines qualitativen Forschungsdesigns und nutzt die Erhebungsmethode der Dokumentenanalyse, um anschließend inhaltsanalytisch auszuwerten. Die Studie zielt darauf, Inhalte und Formate der (Erwachsenen-)Bildungsangebote zu untersuchen und damit die Angebotslandschaft zu erkunden. Dabei werden die

Selbstverständnisse der Bildungseinrichtungen mit Blick auf ihre Selbstpositionierung gegenüber einer demokratisch verfassten und von Migrationen strukturierten und beeinflussten Gesellschaft analysiert. Grundlage der Studie sind die Angebote der systematisch ausgewählten Erwachsenenbildungseinrichtungen, die zum einen in der Datenbank „Erinnerungsorte“ der Bundeszentrale für politische Bildung gelistet sind und zum anderen spezifischen und vorab definierten Auswahl- und Analysekriterien entsprechen.



Holocaust Denkmal, Berlin

Kirchenasyl gewähren.

Über ein voraussetzungsvolles Aufnahmeverfahren

#Teilhabe, Solidarität & Zivilgesellschaft

Methode
insbesondere epis-
odische Interviews

Zielgruppe
Engagierte im
Kirchenasyl

Laufzeit
seit 10/2021

Finanzierung
Eigenmittel

Projektart
ZFM-Projekt

Kirchenasyl ist eine umstrittene Praxis. Geflüchtete werden in den Räumen einer Kirchengemeinde oder einer Ordensgemeinschaft untergebracht, um sie vor dem unmittelbaren Zugriff staatlicher Behörden, v.a. in Form von Abschiebung, zu bewahren. Kirchenasyl ist keine Rechtsinstitution, es ist nicht (mehr) staats- oder kirchenrechtlich verankert. Unter bestimmten Bedingungen wird es von staatlicher Seite geduldet – aber auch sanktioniert, z.B. in Form von Strafverfolgungen der im Kirchenasyl Engagierten.

Damit zusammenhängend wird im öffentlichen (und auch wissenschaftlichen) Diskurs wiederholt die Legalität und Legitimität von Kirchenasyl diskutiert. Es existieren jedoch keine Forschungsarbeiten, die sich explizit dem Prozess des ‚Gewährens‘ von Kirchenasyl als Aufnahmeverfahren widmen.

Der Fokus des Projekts liegt darauf, diesen Gewährensprozess besser zu verstehen. Die zentrale Frage, die das Untersuchungsinteresse leitet, lautet: Wie wird Kirchenasyl gewährt? Folgender Fragenkomplex schließt daran an:

- Unter welchen Bedingungen wird Kirchenasyl gewährt oder auch nicht?
- Wie wird die Aufnahme in ein Kirchenasyl entschieden? Wann wird es abgelehnt?
- Inwieweit existieren Auswahlkriterien auf Seiten der Engagierten? Wie werden diese begründet oder legitimiert?
- Welche Herausforderungen ergeben sich? Welche Handlungsformen und Umgangsstrategien der Engagierten lassen sich hier identifizieren?



„Mit Bezug auf anstehende politische Veränderungen auf Bundes- sowie europäischer Ebene bleibt abzuwarten, inwiefern sich daraus auch Konsequenzen für das Gewähren von Kirchenasyl – im Besonderen hinsichtlich der sogenannten ‚Vereinbarung‘ – ergeben.“

Projektverantwortliche: Lea Gelardi

Zentral sind dabei die Perspektiven, Deutungen und Begründungen der Engagierten, insbesondere der ‚Gewährenden‘ von Kirchenasyl. Damit können nicht nur der Gewährensprozess, sondern auch die Engagierten als Akteurinnen und Akteure im zivilgesellschaftlichen Engagementfeld Kirchenasyl genauer in den Blick genommen werden. Dabei sollen vor allem die politischen Dimensionen von Engagement bzw. die Ambivalenzen humanitärer Hilfe im Kirchenasylgewähren herausgearbeitet werden. Was genau ist ‚das Politische‘ am Kirchenasylgewähren und in welchen Dimensionen tritt es auf? Welche politischen Potenziale und Effekte hat es?

Um die aufgeworfenen Forschungsfragen zu untersuchen, wurden episodische Interviews mit zehn Engagierten im Kirchenasyl geführt. Dabei handelt es sich insbesondere

um Pfarrerinnen und Pfarrer, sowie Ordensbrüder und -schwestern, die selbst Kirchenasyle in ihrer Kirche oder ihrem Kloster ausgeführt haben.

Darüber hinaus fließen Beobachtungsprotokolle von Veranstaltungen, (Telefon-)Gespräche mit weiteren Akteurinnen und Akteuren sowie Dokumente in Form von Dossiers, Gerichtsurteilen und Zeitungsartikeln in die Analyse mit ein.



(Journalistische) Medien als Faktoren der (Des-)Integration:

Medienethik in der digitalen Migrationsgesellschaft

#Medien, Meinungen & Öffentlichkeiten #Teilhabe, Solidarität & Zivilgesellschaft

Methode

Befragungen und
Inhaltsanalysen

Zielgruppe

Medienschaffende
der pluralen Gesell-
schaft

Laufzeit

seit 11/2021

Finanzierung

Eigenmittel

Projektart

ZFM-Projekt

Das kumulative Habilitationsprojekt zu den (Des-)Integrationspotentialen öffentlicher Kommunikation in einer pluralen Gesellschaft ist an der Schnittstelle von Kommunikationswissenschaft und Migrationsforschung angesiedelt. Es reflektiert entlang medienethischer Überlegungen die Rolle journalistischer und medialer Kommunikation in der Migrationsgesellschaft.

Der Begriff der (Des-)Integration bewegt sich dabei im Spannungsfeld komplexer, fachlicher Auseinandersetzungen und seinen realpolitischen Adaptionen und bietet interdisziplinäre Reflexionsanlässe.

Im Kontext postmigrantischer Forschung fragt die wissenschaftliche Analyse nach der gesellschaftlichen Relevanz, dem Auftrag und der Gemeinwohlorientierung öffentlicher Kommunikation in einer pluralen Gesell-

schaft. Die Darstellung von Migration und die Repräsentation migrantischer Stimmen dient als Diagnosefolie für Vielfalt und Teilhabechancen am öffentlichen Diskurs – wie unter einem Brennglas lassen sich hier sowohl die Chancen als auch die Fallstricke des Strukturwandels der Öffentlichkeit beobachten. Neben dem Journalismus verfügen insbesondere soziale Medien über das Potential, neue identitätsstiftende Kommunikationsarenen zu schaffen, in denen zum einen Minderheiten einen geschützten Raum finden. Zum anderen bieten sie aber auch demokratietheoretisch problematischen Gruppierungen – beispielsweise aus politisch extremen Lagern – ein ideologisches Zuhause. Empirisch wird die theoretische Analyse ergänzt durch die Synopse zehn unterschiedlicher Einzelveröffentlichungen, die jede für sich aus metho-



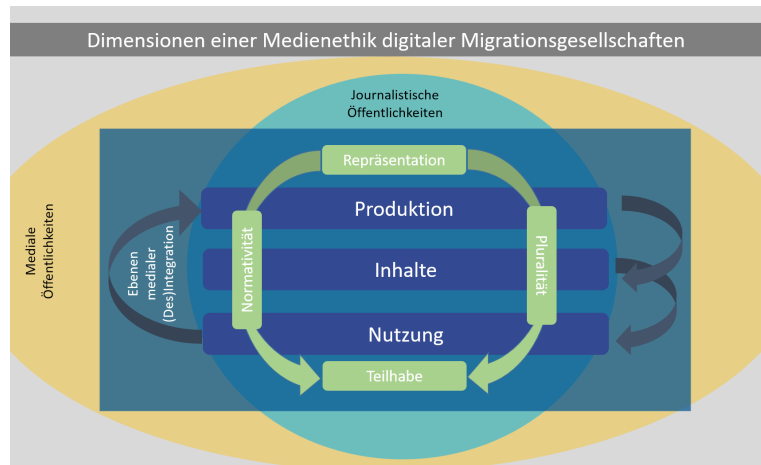
„In digitalen Öffentlichkeiten vervielfachen sich Informationen, Kommunikatorinnen und Kommunikatoren und Deutungsangebote – Pluralisierungs- und Polarisierungstendenzen sind in dieser Gemengelage untrennbar miteinander verbunden. Mit Blick auf seinen öffentlichen Auftrag ist der Journalismus in besonderer Weise adressiert, Teilhabechancen zu eröffnen und fragt danach, ob und in welcher Weise Medien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen bzw. diesen bisweilen auch hemmen.“

Projektverantwortliche: Dr. Tanja Evers

disch unterschiedlichen Blickwinkeln mediale (Des-)Integrationsprozesse betrachten.

Dazu gehören unter anderem sowohl Untersuchungen zu Friedensjournalismus und journalistischer Diversität als auch solche, die sich mit Populismus in sozialen Netzwerken und der stereotypen Darstellung von Geflüchteten in der Berichterstattung beschäftigen.

In Anlehnung an das Konzept medialer Integration nach Geißler und Pöttker (ursprünglich 2005) findet eine Einteilung der systematisch verbundenen Beiträge auf die Ebenen der medialen Produktion, Inhalte und Nutzung statt. Nach der Zwischenevaluation des Habilitationsvorhabens im Herbst 2023 wird seine Finalisierung derzeit durch das KU-Stipendienprogramm für Nachwuchswissenschaftlerinnen unterstützt.



Analyseraster kumulative Habilitation — Ebenen medialer (Des-)Integration

Diametrale Deutungen.

Perspektiven diskursgestaltender Akteurinnen und Akteure auf die Islamdiskurse im postmigrantischen Deutschland

#Vergangenheiten, Rassismus & Erinnerungen #Medien, Meinungen & Öffentlichkeiten

Methode

Deutungsmusteranalyse, qualitative Interviews

Zielgruppe

Diskursgestaltende Akteurinnen und Akteure der bundesdeutschen Islamdiskurse

Laufzeit

08/2020-09/2025

Finanzierung

Lehrstuhl für Flucht- und Migrationsforschung

Die postmigrantische Gesellschaft ist eine Aushandlungsgesellschaft. Neue Akteurinnen und Akteure speisen ihre Perspektiven öffentlichkeitswirksam in gesellschaftliche Debatten ein und fordern hörbar Gleichberechtigung. Die kontrovers geführte Debatte über Islam stellt einen Kristallisationspunkt solcher Aushandlungen dar.

Mit ca. 5,5 Mio. Gläubigen stellen Musliminnen und Muslime die mit Abstand zweitgrößte in der BRD vertretene Religionsgemeinschaft. Gleichzeitig bleiben Fragen nach der Kompatibilität von Islam mit sog. ‚westlichen Werten‘ Teil öffentlicher Auseinandersetzungen.

Dass im Kontext dieser Debatten stereotype Islambilder verhandelt werden, ist vielfach belegt. Aus wissenschaftlicher Perspektive besteht kaum Zweifel daran, dass in der Ausei-

nandersetzung ein vereinseitigendes Wissen über Islam konstituiert wird, welches die Religion in einen Sinnzusammenhang mit Gewalt und Terrorismus stellt.

Im Rahmen des Forschungsprojektes wird diese Wissensproduktion diskurstheoretisch gefasst und Diskurse als Deutungskämpfe, als Auseinandersetzungen über Macht und Anerkennung verstanden. Es wird davon ausgegangen, dass das in den Islamdiskursen produzierte Wissen als rassistisches Wissen klassifiziert werden kann und dass es sich um eine hegemoniale Wissensformation handelt.

Obwohl potenziell alle Gesellschaftsmitglieder in Diskurse eingebunden sind, verfügen nur wenige über die Ressourcen, um als diskursgestaltend aufzutreten. Im Kontext gesellschaftlicher Transformationsprozesse ändern sich die Sprecherinnen und Sprecher

„Die Zielgruppe der diskursgestaltenden Akteurinnen und Akteure ist deshalb interessant, weil sie einerseits nicht außerhalb der Diskurse stehen, also auch ihre Deutungen der Wirklichkeit diskursiv vorstrukturiert sind.

Andererseits sind sie aber potenziell in der Lage, in diese partiell fixierten Wissensvorräte zu intervenieren, sie zu verändern und neue Perspektiven einzuspeisen oder aber sie zu reproduzieren und perpetuieren. Das Datenmaterial zeigt, dass im Kontext postmigrantischer Gesellschaften alte und neue Akteurinnen und Akteure um gesellschaftliche Wissensordnungen und damit um die Art und Weise, wie gesellschaftliches Zusammenleben wahrgenommen wird, ringen.“



Projektverantwortlicher: Benedict Bazyar-Gudrich

und damit die Diskurse selbst.

Neue Perspektiven werden hörbar, rassistische Wissensbestände werden hinterfragt und kritisiert, was wiederum Abwehrreaktionen hervorruft.

Während die Wissensproduktion über Islam Gegenstand zahlreicher Publikationen ist, existiert wenig Forschung dazu, wie diese Wissensproduktion von den diskursgestaltenden Akteurinnen und Akteuren selbst wahrgenommen wird. Hier setzt das Vorhaben an und fragt danach

- wie diskursgestaltende Akteurinnen und Akteure die bundesdeutschen Islamdiskurse wahrnehmen,
- wie sie die Verteilung und den Zugang von und zu Sprechpositionen beurteilen,
- ob sie Diskursverschiebungen im Kontext sich ändern-

der gesellschaftlicher Dynamiken feststellen,

- welche Selbsttechnologien sich im Sprechen der Akteurinnen und Akteure feststellen lassen und wie sie ihre eigene Handlungsmacht beurteilen.

Ziel des Projekts ist eine Rekonstruktion der Deutungen der Islamdiskurse. In den vergangenen Jahren wurde das theoretische Gerüst konzipiert, die methodische Herangehensweise festgelegt und zehn Expertinnen- und Experteninterviews mit Diskursakteurinnen und -akteuren geführt, die über eine überdurchschnittliche mediale Reichweite verfügen. Zudem wurden die Daten systematisch ausgewertet und die rekonstruierten Deutungsmuster hegemonietheoretisch verortet.

Teilhabe trotz Duldung?

Kommunale Gestaltungsräume für geduldete Jugendliche und junge Erwachsene

#Teilhabe, Solidarität & Zivilgesellschaft #(Im)Mobilität & Lager

Methode

Dokumentenanalyse, leitfadengestützte & narrative Interviews

Zielgruppe

Akteurinnen und Akteure im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie in Unterstützungssystemen, Personen im Duldungsstatus

Laufzeit

07/2021-04/2024

Kooperationspartner

Hochschule Düsseldorf, Hochschule Fulda

Finanzierung

Stiftung Mercator

Projektart

Drittmittelprojekt

Das im April 2024 abgeschlossene Verbundvorhaben analysierte an drei Standorten empirisch die Teilhabe junger Geduldeter in Ausbildung und am Arbeitsmarkt sowie die Rahmenbedingungen gelingender Aufenthaltsverfestigung. Erhebungen wurden in je zwei Kommunen in Bayern, Hessen und NRW durchgeführt. Das Team an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (Prof. Karin Scherschel/Marina Mayer) arbeitete mit Prof. Spindler (Hochschule Düsseldorf) und Prof. Ilker Ataç (Hochschule Fulda) zusammen. Insgesamt wurden im Verbundprojekt 90 Einzel- und Gruppeninterviews mit 131 Akteurinnen, Akteuren und Engagierten der Zivilgesellschaft, der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Migrationspolitik, aber auch mit Personen im Duldungsstatus durchgeführt und ausgewertet.

STIFTUNG
MERCATOR

Erste Projektergebnisse wurden bereits veröffentlicht, auf Fachtagungen präsentiert und mit den Expertinnen und Experten aus den Kommunen besprochen.

Im Rahmen der zweitägigen Fach- und Abschlusskonferenz „Teilhabe trotz Duldung? Stadt gestalten, Zugänge öffnen, Aufenthalt sichern“, die im Januar an der Hochschule Düsseldorf stattfand, wurden acht Handlungsempfehlungen mit Personen aus der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und kommunalen Behörden diskutiert. Diese wurden in einem „Policy Brief: Handlungsempfehlungen zur Förderung junger geduldeter Menschen in Ausbildung und Arbeit“ im April 2024 veröffentlicht.



Marina Mayer, Prof. Karin Scherschel und Prof. Ilker Ataç auf der Abschlusskonferenz

April 2024

Policy Brief

8 Handlungsempfehlungen zur Förderung junger geduldeter Menschen in Ausbildung und Arbeit

Prof. Dr. Ilker Ataç, Hochschule Fulda
Gesa Langhoop, Hochschule Fulda
Dr.in Sara Madjlessi-Roudi, Hochschule Düsseldorf
Marina Mayer, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Prof.in Dr.in Karin Scherschel, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Prof.in Dr.in Susanne Spindler, Hochschule Düsseldorf

Forschungsverbund:

HOCHSCHULE FULDA
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES



KATHOLISCHE UNIVERSITÄT
EICHSTÄTT-INGOLSTADT

Hochschule Düsseldorf
University of Applied Sciences
HSD

Gefördert von:

STIFTUNG
MERCATOR

„Da sie einer ‚Ausreisepflicht‘ unterliegen, zugleich aber ‚Abschiebehindernisse‘ bestehen, befinden sich Personen in Duldung in einer multipel prekären Lebenssituation. Stärker als andere sind sie abhängig von staatlichen Regelungen, die ihnen einen Zugang zu Arbeit und Ausbildung ermöglichen oder verwehren. Das Projekt untersuchte die Bedingungen, unter denen zeitweilige Stabilisierungen in Arbeit oder Bildung gelingen können. Zugleich wurde aber deutlich, dass einigen der Zugang prinzipiell verwehrt bleibt, andere Zugangshürden in ihrer Lebenslage nicht überwinden können.“

Projektleitung: Prof. Karin Scherschel



Projektmitarbeiterin: Marina Mayer



EZRA – Rassismus und Antisemitismus erinnern.

Eine empirische Studie zur lokalen Erinnerungsarbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen in den Aktivitätsfeldern Nationalsozialismus, Kolonialismus und postnationalsozialistische Gewalt

#Vergangenheiten, Rassismus & Erinnerungen #Bildung

Debatten um Erinnerungsarbeit und -politiken werden in der deutschen Öffentlichkeit höchst kontrovers geführt. In deren Mittelpunkt steht die Frage, an welche verschiedenen Formen von vergangener Gewalt wie erinnert wird und erinnert werden sollte.

Sollten des Nationalsozialismus und der Shoah (insbesondere im Land der Täterinnen und Täter) als Menschheitsverbrechen von einmaliger Bedeutung gedacht werden? Oder sollten sie zu anderen Verbrechen, insbesondere denen des europäischen Kolonialismus, in ein Verhältnis gesetzt und diese im öffentlichen Gedenken deutlich stärker als bisher berücksichtigt werden? Und wie steht all das im Verhältnis zum Gedenken an rassistische und antisemitische Gewalt, die nach dem Nationalsozialismus in BRD und DDR begangen wurde?

Diese Fragen werden in der nationalen Öffentlichkeit intensiv diskutiert – im politischen Feuilleton, bei wissenschaftlichen Tagungen, in zahlreichen Diskussionsrunden rund um internationale Kunst- und Kulturveranstaltungen.

Analog zu diesen Debatten hat die Forschung zu Erinnerungsarbeit und -politiken in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und widmet sich verschiedenen Aspekten. Lokale zivilgesellschaftliche Initiativen haben dabei bislang unzureichend Aufmerksamkeit gefunden. Jedoch haben diese die Gedenkpraxis in den letzten Jahrzehnten in erheblichem Maße mitgeprägt, indem sie – zunächst in Opposition zur staatlich geförderten Erinnerungskultur – Impulse setzten, die später Eingang in das öffentliche Bewusstsein und damit in das kulturelle Gedächtnis fanden.

Bei dieser Leerstelle setzt das kooperativ von Forscherinnen und Forschern der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und der Freien Universität Berlin durchgeführte Verbundprojekt an: Zivilgesellschaftliche Initiativen verfügen über Wissens- und Praxisformen, die für eine demokratische Erinnerungs- und Gedenkkultur und die Entwicklung historisch-politischer Bildung höchst bedeutsam sind. Empirisch untersucht wird die Erinnerungsarbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen, die im lokalen Raum in den Aktivitätsfeldern Nationalsozialismus, Kolonialismus und postnational-sozialistische Gewalt tätig sind.

„Die ersten empirischen Erkenntnisse zeigen eine enorme Heterogenität in den Erinnerungspraktiken der zivilgesellschaftlichen Initiativen. Nicht nur in Inhalt und Form, sondern auch in ihren erinnerungspolitischen Zielsetzungen weisen die Initiativen eine große Bandbreite auf. Diese vielfältigen Erinnerungspraktiken zu analysieren und systematisieren ist unser Ziel.“



Projektleitung: Prof. Karin Scherschel



Projektmitarbeiterin: Elisabeth Lang



Projektmitarbeiterin: Dr. Angelika Laumer

Das Verbundprojekt verfolgt drei Ziele:

- Es kartographiert das Selbst- und Problemverständnis der Initiativen. Wie definieren sie Rassismus und Antisemitismus? Welche kollektiven Identitätskonstruktionen werden mobilisiert? Welches Konzept haben sie von Geschichte, Gesellschaft und öffentlichem Diskurs? Welche (Bildungs-)Ziele setzen sie?
- Es analysiert den Umgang der Initiativen mit den Spannungsfeldern, die in den oben beschriebenen öffentlichen Kontroversen diskutiert werden: Wie nehmen die Initiativen diese Spannungen wahr? Sind sie für ihre Arbeit relevant? Identifizieren sie sich mit einer Seite? Oder unterlaufen sie die Binarität des Diskurses in ihrer Praxis?
- Es systematisiert die sich aus den empirischen Befunden ergebenden Lernpotenziale für die Politische Bildung(-arbeit) und überführt sie in Formate für eine zu entwickelnde Online-Plattform.

Dafür wählt das Projekt 20 Initiativen aus, deren Praxis und Wissensbestände untersucht werden. Diese sollen ein möglichst breites Spektrum abdecken: Sie sollen sich über die drei Aktivitätsfelder Nationalsozialismus, Kolonialismus und postnationalsozialistische Gewalt verteilen und auch in weiteren Fragen eine möglichst breite Diversität abbilden, genauer in Reichweite, Professionalisierungsgrad, Zusammensetzung (Mehrheitsgesellschaft/betroffene Minderheiten) und geographischer Lage (Stadt/Land, Ost/West).



Das Selbstverständnis und die Praxis der Initiativen werden in einem zweistufigen Prozess empirisch erfasst: Methodisch werden die Dokumentenanalyse und Gruppendiskussionen eingesetzt. Die Befunde werden didaktisch im Format einer Online-Plattform aufbereitet und für die politische Bildung zur Verfügung gestellt.

Das Verbundprojekt kooperiert mit Praxispartnerinnen und Praxispartnern (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Bildungsstätte Anne Frank, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern e.V., Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus, Verband binationaler Familien und Partnerschaften), die den Feldzugang unterstützen, die Forschungsarbeit kritisch begleiten und den Transfer in die politische Bildungsarbeit ermöglichen. Während die Erforschung der Initiativen überwiegend von Forscherinnen in Eichstätt durchgeführt wird, erfolgt die didaktische Aufbereitung gemeinsam mit Prof. Sabine Achour und Hagen Schmitz von der Freien Universität Berlin.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Methode

Dokumentenanalyse,
Gruppendiskussionen

Zielgruppe

Akteurinnen und Akteure
der politischen und histori-
schen Bildung, zivilgesell-
schaftliche Initiativen

Laufzeit

01/2023-12/2026

Kooperationspartner

FU Berlin

Finanzierung

BMBF

Projektart

Drittmittelprojekt

Im zweiten Projektjahr wurden die folgenden Schritte vollzogen:

- Neuere Forschungen wurden gesichtet und in die Aufbereitung des bestehenden Forschungsstands integriert.
- Das Projektteam hat die Landschaft erinnerungspolitischer Initiativen weiter sondiert und auf dieser Basis Initiativen identifiziert, die in der Feldphase beforscht werden sollen. Die kriterienbasierte Auswahl erfolgte mit dem Ziel, eine möglichst breite und kontrastreiche Vielfalt von Initiativen einzubeziehen.
- Das Team hat Kontakt zu einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Initiativen aufgenommen. Es startete erfolgreich in die Feldphase und führte bis Jahresende 13 Gruppendiskussionen mit zivilgesellschaftlichen Engagierten durch (Stand Ende März 2025: 20 Gruppendiskussionen).
- Erste heuristische Erkenntnisse zu den Forschungsfragen wurden im Rahmen von mehreren Interpretationswerkstätten formuliert.
- Die Recherchen zu den Selbst- und Problemverständnissen der Initiativen mittels zugänglicher Dokumente wurden weitergeführt, die Interpretationen der darin zu findenden Selbstverständnisse ausgeweitet.

- Die Projektmitarbeitenden haben sich bei Tagungen, Workshops und ähnlichen Formaten mit anderen Forscherinnen und Forschern aus den Feldern der Rassismus- und Antisemitismusforschung sowie der Erinnerungsforschung vernetzt.



Kunstinstallation „Verschwindene Wand“

Forschungsförderung

Stiftungsprofessur für Medien und Öffentlichkeit mit Schwerpunkt Migration

#Medien, Meinungen & Öffentlichkeiten #Teilhabe, Solidarität & Zivilgesellschaft #Bildung

Die Professur für Medien und Öffentlichkeit mit Schwerpunkt Migration untersucht die Rolle der Medien im Spannungsfeld von (medialer) Kommunikation, Öffentlichkeit und Migration. Die Professur soll der Stärkung der interdisziplinären Flucht- und Migrationsforschung in der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen Fakultät dienen. Sie kooperiert neben der Arbeit am Studiengang Journalistik mit dem Zentrum Flucht und Migration. Die Professur beteiligt sich an der Lehre in den Bachelor- und Masterstudiengängen der Journalistik sowie am Masterstudiengang „Flucht, Migration, Gesellschaft“.

Die Stiftungsprofessur ist mit Mitteln des ZFM und Spendenbeiträgen von Unternehmen und Behörden aus der Region eingerichtet worden. Anliegen der Professur ist es, neue Forschungsfelder im Bereich Medien, Öffentlichkeit und Migration zu erschließen. Dazu gehören unter anderem der digitale Wandel von Öffentlichkeiten und die dort stattfindende Thematisierung von Migrationsfragen, die Darstellung von Flucht und Migration in der öffentlichen

Kommunikation sowie die Produktion und Nutzung von Medien durch Geflüchtete.

Die Themen der Professur für Medien und Öffentlichkeit mit Schwerpunkt Migration haben auch im vergangenen Jahr nichts an Relevanz verloren: Deep Fakes, neues Gesetz zur „Verbesserung der Rückführung“, Berichterstattung über Vertriebene.

- Prof. Liane Rothenberger war in diesem Jahr vor allem im Drittmittelprojekt „Mensch in Bewegung“ nah dran an den Menschen mit Migrationserfahrung in der Region 10, die die Landkreise Ingolstadt, Eichstätt, Neuburg a. d. Donau und Pfaffenhofen (Ilm) umfasst. Dort führten sie, ihre Projektmitarbeiterin und Studierende des Masters „Flucht, Migration, Gesellschaft“ mehrere Gruppendiskussionen zum Thema „Künstliche Intelligenz“. Was wissen die migrantischen Befragten bereits über KI? Auf welchen medialen Wegen möchten sie mehr darüber erfahren? Was sind ihre Hoffnungen und Ängste hinsichtlich der neuen Technologien?

„Die Lehre im Master macht mir viel Freude. Im Sommersemester haben wir mit den Studierenden ein neues Konzept für Online-Begleitmaterialien ausgearbeitet und umgesetzt. Im Wintersemester haben sie im Lehrforschungsprojekt Gruppendiskussionen mit Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten geführt. Auch die Themen der Masterarbeiten sind spannend, beispielsweise: Wie erleben venezolanische Geflüchtete in Kolumbien die dortige Berichterstattung über sie?“

Inhaberin Stiftungsprofessur: Prof. Liane Rothenberger



- Prof. Liane Rothenberger ist zudem Teil eines Projektes zu leicht verständlicher Sprache im Journalismus. Solche Angebote tragen zu Teilhabe auch von Personen mit Migrationsgeschichte bei.
- Nicht nur Immigration nach Deutschland, sondern auch Emigration steht im Fokus: In einem 2024 gestarteten Projekt wird untersucht, wie deutsche Auswanderinnen und Auswanderer in die USA im Zeitraum 1848 bis 1914 von dortigen Zeitungen porträtiert wurden.
- Im März 2024 stellte Prof. Liane Rothenberger den Social-Virtual-Reality-Raum „Flucht“ auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft vor. Die Tagungsgäste konnten den virtuellen Raum via VR-Brillen betreten und interaktiv tätig werden.
- Vor internationalen Studierenden sprach Prof. Liane Rothenberger im Juli in Nürnberg (FFVT Summer

School on Forced Migration and Governance) und in Ingolstadt (Transformation Summer Camp 2024: Diversity and Transformation) zum Thema: „Media representations of migrants and refugees in the light of climate (im)mobility“.

- Auf dem „Future Festival: Science in the city“ im November 2024 in Ingolstadt stellte Liane Rothenberger zielgruppengerechte Kommunikation in einer diversen Gesellschaft vor, die sich vor allem durch postmigrantisches Lebenswirklichkeiten auszeichnet.



**Wissenstransfer &
Vernetzung**



Gesprächsreihe „In Gesellschaft“

Bereits Ende 2020 startete das ZFM die Gesprächsreihe „In Gesellschaft“: Im Austausch mit namhaften Persönlichkeiten diskutiert das ZFM regelmäßig aktuelle Themen in Gesellschaft einer interessierten Öffentlichkeit und bringt das wissenschaftliche Interesse des ZFM zum Ausdruck, einen an Flucht und Migration orientierten, analytischen Blick in die Gesellschaft zu werfen. Im Sommersemester 2024 veranstaltete das ZFM im Rahmen dieser Reihe Vorträge unter der Überschrift „Bedrohungen von Rechten“ und im Wintersemester 2024/25 lautete der Titel „Rassismen im Wandel“.

Sommersemester 2024: „Bedrohungen von Rechten“

Der Titel spielt mit der Doppeldeutigkeit, dass Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sowohl eine Bedrohung der demokratischen Strukturen mit sich bringen, als auch die Rechte von Menschen bedrohen, die zum Ziel von Angriffen und Diskriminierungen werden. Bei diesjährigen Wahlen war mit Zugewinnen rechter Parteien zu rechnen, Kräfteverhältnisse würden sich ändern. Das Augenmerk der Gesprächsreihe sollte sich aber auch darauf richten, wie weitreichend die Folgen für Betroffene sind. Vier Beiträge befassten sich mit Strategien rechter Gruppen und deren gesellschaftlicher Auswirkungen. Etwa 135 Interessierte nutzten das Angebot, um sich mit aktuellen Fragen auseinanderzusetzen. Prof. Karin Scherschel, Benedict Bazyar-Gudrich, Lea Gelardi und Marina Mayer moderierten die jeweiligen Vorträge und die anschließende Fragerunde mit dem Publikum.

„Bedrohungen von Rechten“

Heike Kleffner

*„Der Brandstifter Effekt:
Rassistische Gewalt und die Folgen“*

Judith Strieder / HateAid

*„Geschlechtsspezifische digitale Gewalt: Umgang mit Hass
und Hetze in der politischen Arbeit“*

Dr. Volker Weiß

*„Geopolitische Ordnungsvorstellungen der Neuen Rechten
am Beispiel des Ukraine-Krieges“*

Annika Brockschmidt

*„Weißer Christlicher Nationalismus - wie die Religiöse
Rechte in den USA die Demokratie gefährdet“*



7. Mai

Nur eine Woche nach mehreren physischen Angriffen auf politisch Engagierte im Europawahlkampf leistete **Heike Kleffner** einen kenntnisreichen Überblick über rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewaltverbrechen in der Bundesrepublik. Kleffner, freie Journalistin und Geschäftsführerin des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt verdeutlichte, wie das Nicht-Eingreifen und ein Gewalttäterinnen und Gewalttäter tragendes Umfeld die Bedrohungslage verschärfen. Die Referentin nahm nicht nur auf die ‚Baseballschläger‘ und die Brandanschlagsjahre der 1990er Jahre Bezug, sondern verwies auch auf die Normalisierung rassistischer Brand- und Sprengstoffanschläge ab 2015/16 und weitere Anschläge als Terror gegen politische Mandats-tragende.

5. Juni

Der Historiker **Dr. Volker Weiß** widmete sich den geopolitischen Ordnungsvorstellungen der Neuen Rechten am Beispiel des Ukraine-Krieges. In seinem Vortrag ging er darauf ein, wie die Neue Rechte Bezug auf die Ukraine nimmt und wie sich ursprünglich proukrainische Positionen im Zuge des russischen Angriffskrieges in prorussische Positionen wandelten. In seinen Ausführungen verknüpfte er historische Aspekte mit aktuellen Entwicklungen und verwies dabei auf rechte Vordenkerinnen und Vordenker wie Alexander Dugin, Armin Mohler oder Caroline Sommerfeld. Die Koexistenz scheinbar paradoxer Positionen (antikommunistische Ideologie gepaart mit DDR-Romantik, radikaler Antiislamismus mit Annäherungen an die „Achse des Widerstandes“) sind Teil des ideologischen Amalgams der Neuen Rechten.

25. Juni

Judith Strieder von HateAid befasste sich in ihrem Vortrag mit digitaler Gewalt, die etwa in Form von Beleidigungen, Bedrohungen, Hassreden oder die unfreiwillige Veröffentlichung persönlicher Daten in Erscheinung tritt. Dabei ging sie besonders auf die Betroffenenengruppen der Kommunalengagierten und weiblich gelesenen Personen ein. Eindrücklich machte sie klar, dass Betroffene sich aus politischen Diskussionen zurückzögen. HateAid widmet sich im Arbeitsalltag besonders der Beratung und Unterstützung von Betroffenen. Angeboten werden u. a. psychosoziale Erstberatung oder auch Sicherheits- und Kommunikationsberatung. Daneben ist die Schaffung von mehr Sichtbarkeit für dieses Thema in der Öffentlichkeit ein großes Anliegen der gemeinnützigen Organisation.

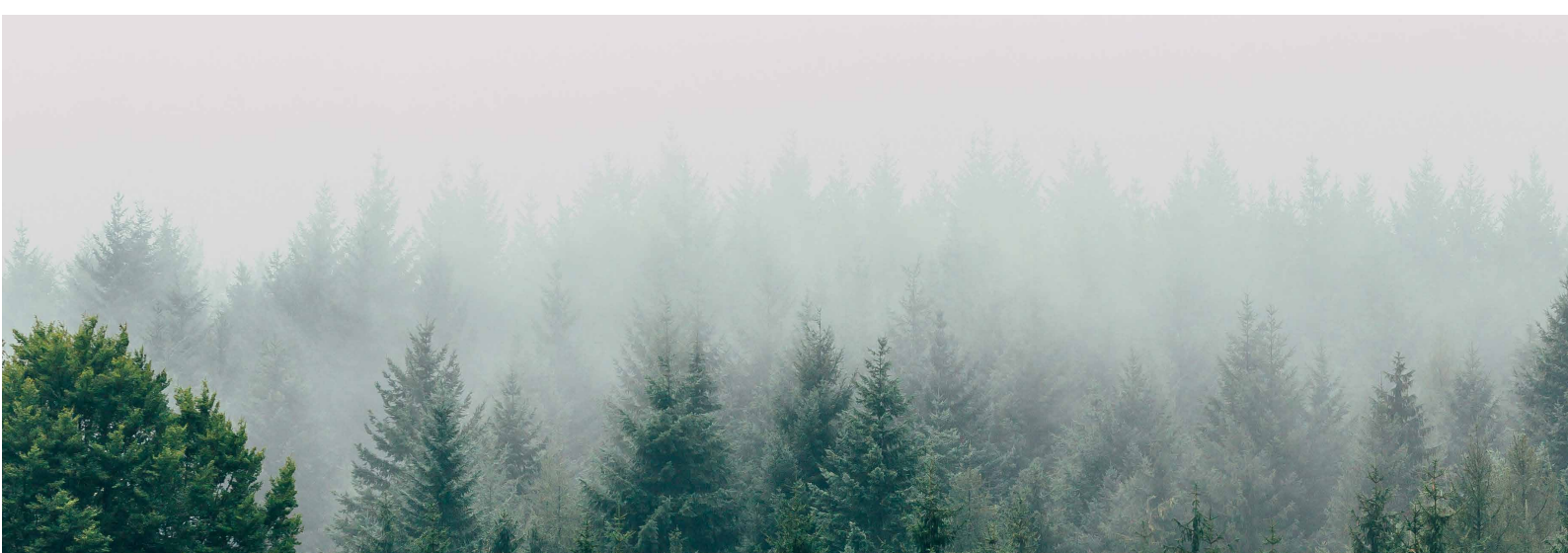
9. Juli

Annika Brockschmidt, Journalistin und Autorin, referierte zum Entstehen des Weißen Christlichen Nationalismus in den USA. Sie zeigte auf, wie die Republikanische Partei in den USA sich im Zuge der Wahlkämpfe der Präsidentschaftskandidaten Barry Goldwater und Richard Nixon mit diesen Strömungen verband. Aktuelle Meinungsumfragen und Einstellungstudien schätzen den Bevölkerungsanteil, der den Glauben an ‚Weiße‘ Überlegenheit mit ‚Christlichen‘ Versatzstücken verbindet, auf ein Fünftel. In den letzten Jahren haben sich diese Strömungen vernetzt und unterstützen die Wahlplattform von Donald Trump. Den offensichtlichen Widerspruch zu christlichen Wertvorstellungen erklärte die Referentin damit, dass für die Anhängerinnen und Anhänger Rassismus und strikte Geschlechternormen im Vordergrund stünden.

Wintersemester 2024/2025: „Rassismen im Wandel“

Kriege, Klimakatastrophen, Wirtschafts- und Infrastrukturkrisen und anwachsende rechte Bewegungen prägen die Nachrichtenlage. Während sich globale und lokale soziale Ungleichheiten verschärfen, wandeln sich die Konstruktionen über die ‚Anderen‘. Das Zentrum Flucht und Migration verbindet hochaktuelle Fragen mit einer rassismustheoretischen Perspektive. Auch ohne von ‚Rassen‘ zu sprechen, wird in Prozessen der ‚Rassialisierung‘ angebliches Wissen über angenommen feststehende, unveränderliche Eigenschaften von Menschen hervorgebracht. Diese werden etwa mit Kultur, Religion oder geographischer Herkunft begründet. In diesem Sinne ist eher von Rassismen im Plural zu sprechen als von einem einheitlichen Rassismus.

Für die öffentliche Vortragsreihe konnten international namhafte Vortragende gewonnen werden, die Einblicke in ihre Forschung zu aktuellen Rassismen gaben und diese mit dem Publikum diskutierten. Moderiert wurden die Vorträge und die anschließende Fragerunde von Dr. Angelika Laumer, Elisabeth Lang und Marina Mayer.



„Rassismen im Wandel“

Dr. Aleksandra Lewicki

*„Rassialisierung und Ambiguität:
Ost-West-Asymmetrien und -Mobilitäten in Europa“*

Dr. Sina Arnold & Prof. Dr. Juliane Karakayali

*„Institutioneller Antisemitismus.
Eine rassismustheoretische Übertragung für die Praxis“*

Dr. Johannes Siegmund

„Klimarassismus oder Klimasolidarität?“



19. November

Auf welche Formen von Diskriminierung und Benachteiligung treffen Eingewanderte aus dem östlichen Europa in Deutschland? Wie verhalten sich diese Rassialisierungen, also die Einordnung als per se ‚andere‘, in sich homogene Gruppe, zu anderen Formen von Rassismus? Dazu sprach **Dr. Aleksandra Lewicki** (University of Sussex). Sie führte aus, wie uneindeutig in Westeuropa Bestimmungen davon sind, wo ‚Osteuropa‘ liegt und veranschaulichte dies am Beispiel verschiedener Karten, die in Massenmedien, etwa von der BBC, gezeigt werden. Sie ging auf Beispiele lang tradierter, oft wiederholter, stereotyper Bilder in Bezug auf Menschen aus dem östlichen Europa ein. Auch das Ausmaß nationalsozialistischer Verbrechen an der Zivilbevölkerung, etwa in Polen, Ukraine und Russland, werde oft ausgeblendet. Auch wenn Migration aus dem östlichen Europa als privilegiert gelten mag, machte Dr. Lewicki deutlich, wie ambig, also vieldeutig, die Rassialisierung von Migrantinnen und Migranten aus dem östlichen Europa ist: Sie werden zwar als ‚Europäerinnen und Europäer‘ und als *weiß* eingeordnet – und dennoch in eine rassistische Hierarchie gebracht. Ein weiterer Aspekt bildete in Dr. Lewickis Vortrag der Vergleich von Status und Situation von Geflüchteten aus der Ukraine zu Menschen, die Asyl beantragen.

17. Dezember

Lässt sich das Konzept des Institutionellen Rassismus auf antisemitische Ausschlüsse anwenden? Inwiefern lassen sich Praktiken des Ausschlusses als eine institutionelle Reproduktion von Antisemitismus beschreiben? Diesen Fragen gingen **Dr. Sina Arnold** (HU Berlin) und **Prof. Julia-ne Karakayalı** (Evangelische Hochschule Berlin) in ihrem Vortrag nach. Sie begründeten zu Beginn, warum es in der Forschung zu Ausblendungen von Antisemitismus als diskriminatorische Alltagserfahrung kommt. Die beiden Referentinnen wollen den Blick weiten und Antisemitismus und Rassismus nicht (nur) aus einer individualisierenden Perspektive betrachten, sondern die Reproduktionen der Ideologien als antisemitische und rassistische Ausschlüsse im Organisationshandeln analysieren. Dazu stellten sie beispielhaft Ergebnisse einer Metaanalyse von 14 Studien vor, die Antisemitismus im Kontext Schule thematisieren. Die empirischen Daten der Studien wurden daraufhin untersucht, ob sich Hinweise auf Praktiken finden, die sich als Institutioneller Antisemitismus beschreiben ließen.

Auch wenn sich kein expliziter Institutioneller Antisemitismus in den Daten der 14 Studien finden lässt, so hält Schule als Organisation jedoch Praktiken der Abwehr, Umdeutung und Bagatellisierung von Antisemitismus aufrecht. Nach einer interessierten Diskussion mit den Zuhörenden beenden die Referentinnen ihren Vortrag mit dem Hinweis, dass empirische Studien und damit weitere Erkenntnisse zum Konzept des institutionellen Antisemitismus noch ausstehen. Zudem fehlen Studien, die sowohl die diskriminierenden Erfahrungen aufgrund der Migrationsgeschichte als auch des Jüdischseins analysieren.

28. Januar

Dr. Johannes Siegmund (Universität Wien) befasste sich in seinem Beitrag mit Aspekten des Klimawandels und seinen Folgen für Rassismus. Werden diejenigen, die vom menschengemachten Klimawandel absehbar auf katastrophale Weise betroffen sein werden, mit den Auswirkungen alleine gelassen? Oder werden politische Gegenmaßnahmen ergriffen? Am Beispiel der Überflutungen nach dem Hurrikan Katrina erläuterte er unterschiedliche Reaktionen. Er sprach sowohl über rassistische mediale Berichte über die Bevölkerung im Katastrophengebiet als auch darüber, wie die Bewohnerinnen und Bewohner im Zuge der Folgen des Hurrikans solidarische Netzwerke und Solidarität untereinander entwickelten. Er plädierte für Solidarität über soziale Grenzen hinweg, worunter Dr. Siegmund nicht nur Zärtlichkeit, sondern auch konstruktiven Streit verstand.

Publikation: Am Horizont.

Kinder von NS-Zwangsarbeiter_innen und das alltägliche Erinnern und Vergessen in der deutschen ländlichen Gesellschaft

#Vergangenheiten, Rassismus & Erinnerungen #Teilhabe, Solidarität & Zivilgesellschaft

Methode

Grounded Theory,
Ethnografie

Zielgruppe

Wissenschaft, Er-
innerungsinitiativen

Laufzeit

2013-2021

Finanzierung

Rosa-Luxemburg-
Stiftung, Justus-
Liebig-Universität
Gießen

Projektart

Dissertation

„Wieso ist Wissen zu NS-Zwangsarbeit in einer ländlichen Gegend, wo Nachkommen ehemaliger NS-Zwangsarbeitenden leben, gleichzeitig an- und abwesend?“, dieser Frage geht die Studie mit dem Titel „Am Horizont“ nach. Im Untersuchungsgebiet waren etwa 2.400 NS-Zwangsarbeitende, oft auf Bauernhöfen, sowie in Firmen und mit vielerlei Kontakten zu den Einheimischen, eingesetzt. Basierend auf Interviews mit Nachkommen von Zwangsarbeitenden und von Profitierenden, zeigt die Dissertation, wie ineinander verflochtenes gesellschaftliches Erinnern und Vergessen vonstattengehen. So stehen auch Interviewte im Mittelpunkt, die einer postmigrantischen Generation angehören *und* gleichzeitig Nachkommen von Opfern nationalsozialistischer Verbrechen sind. Die Studie orientiert sich dabei an der Tradition sozio-

logischer Gemeindestudien. Die Autorin konturiert die Bezüge und Unterschiede von Grounded Theory, entstanden in der amerikanischen Soziologie einerseits, und der Praxistheorie nach Pierre Bourdieu andererseits. Erkenntnisse aus dieser praxeologischen Herangehensweise fließen in die Theoriebildung zu sozialem Erinnern und Vergessen ein.

Zu welchen Ergebnissen kommt die Studie nun? Die Publikation zeigt, dass ländliche Gesellschaft in Deutschland keineswegs homogen, sondern wie auch Städte, durch (Zwangs-)Migration geprägt ist. Es wird herausgearbeitet, dass sich Mechanismen der Marginalisierung von Menschengruppen über Jahrzehnte fortgesetzt haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden ehemalige Zwangsarbeitende mit dem Status „Heimat-

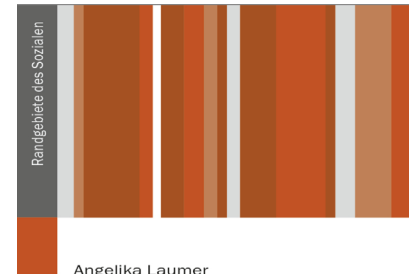
„Der Preis, den Kinder von NS-Zwangsarbeitenden auf dem Land in Bayern für ihre Zugehörigkeit zahlen, ist, dass sie ganz selbstverständlich verstehen, ‚wo ihr Platz in der Gemeinde ist‘, – am Rand – und die Geschichte der NS-Zwangsarbeit nicht problematisieren.“



Projektverantwortliche: Dr. Angelika Laumer

lose Ausländer“ als deviante Sozialfälle, die auf Fürsorge angewiesen sind, kategorisiert. Ebenso wie sie strukturell marginalisiert wurden, geschah dies auch diskursiv – da sich das gesellschaftliche, mündliche Erinnern auf wenige stereotype soziale Topiken beschränkt. Gemäß einer dieser in der Gemeinde auffindbaren Topik „ging ein russischer“ Zwangsarbeiter „über den Horizont“ – und wurde danach nie wieder gesehen. Positionalität ist in der ländlichen Gesellschaft ausschlaggebend für Erinnern oder Vergessen: Der durch ökonomisches, symbolisches, soziales und kulturelles Kapital beeinflusste Ort bestimmt mit, wessen objektivierte Erinnerungen mehr gewichtet werden und sich durchsetzen. Mehrheitlich wird kolportiert, „jeder“ habe die Zwangsarbeitenden „gemocht“. Doch die

Kinder von Zwangsarbeitenden „verstehen, wo der eigene Platz ist“ und sind um passing bemüht, um einen gewissen Grad an Zugehörigkeit zu erlangen. Auf eine kurze Formel gebracht: Konkrete Wissensinhalte zu NS-Zwangsarbeit werden vergessen, sie befinden sich allenfalls am Horizont der Gemeinde. In Aussagen wie „So war es eben. Es war damals nicht so rosig“, die eine Tochter eines Zwangsarbeiters äußerte, zeigt sich, dass diese Erinnerungen auf nebensächliche Weise erzählt werden. Habitus wie diese speziellen Erzählformen und damit auch Vorstellungen von Ländlichkeit werden tradiert und auch in Zukunft weiter festgeschrieben werden. Nachzulesen unter: <http://doi.org/10.3262/978-3-7799-7585-4>



Am Horizont

Kinder von NS-Zwangsarbeiter_innen und das alltägliche Erinnern und Vergessen in der deutschen ländlichen Gesellschaft

Prof. Karin Scherschel als Sachverständige im Deutschen Bundestag

Anhörung zu Leistungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Im Deutschen Bundestag, im Ausschuss Arbeit und Soziales, wurden am 8. April 2024 zwei Anträge der AfD und der CDU/CSU zu Kürzungen der Sozialleistungen von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern diskutiert. Prof. Karin Scherschel war als Sachverständige eingeladen, an dieser Sitzung teilzunehmen. Als Sachverständige konnte sie zur Frage von Clara Bünger (Die Linke) zur Relevanz der Push/Pull Debatte und zur Frage von Takis Mehmet Ali (SPD) zu Abschreckungsdebatten und ihre Folgen für die Einwanderungsgesellschaft Stellung nehmen. Außerdem sprach sie über die Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden. Die Debatte wurde öffentlich aufgezeichnet und alle Anträge und Stellungnahmen sind zugänglich (siehe QR-Code).

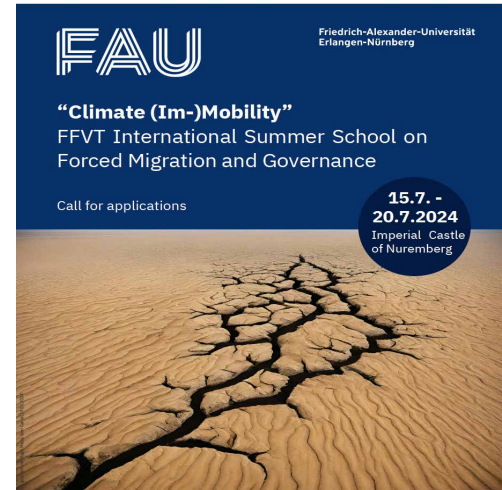


Mitwirkung des ZFM an der FFVT Summer School 2024

„Climate (Im-)Mobility“

Der Verbund Flucht- und Flüchtlingsforschung: Vernetzung und Transfer (FFVT) veranstaltete vom 15. bis 20. Juli 2024 in Nürnberg eine internationale Summer School mit dem Schwerpunkt „Climate (Im-)Mobility“. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Verbundprojekt zielt auf die Stärkung einer interdisziplinären Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland.

Der Vorbereitungskreis bestand aus Studiengängen zum Thema Migration und Flucht. Neben u. a. der Universität Osnabrück und der Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg-Erlangen war auch die KU vertreten. Das ZFM und der Masterstudiengang „Flucht, Migration, Gesellschaft“ waren an der Konzeption und Durchführung beteiligt.



Prof. Liane Rothenberger leitete im Workshop zu „Media representations of migrants and refugees in the light of climate (im)mobility“ zur kritischen Reflexion von stereotypisierenden Darstellungsweisen an. Benedict Bazyar-Gudrich und Marina Mayer nahmen einen historischen Rückblick zum Thema „The Construction of Race and Natur in German Colonial Discourse“ vor und diskutierten im Anschluss mit den internationalen Studierenden über ein Fortwirken (neo-)kolonialer Strukturen und Denkmuster.

ZFM-Team auf der Konferenz des Netzwerks Fluchtforschung

„Regionale und lokale Antworten auf globale Fluchtbewegungen“

Vom 16. bis 18. September fand in Bonn die fünfte Konferenz des Netzwerks Fluchtforschung zum Thema „Regionale und lokale Antworten auf globale Fluchtbewegungen“ statt. Es waren 418 Teilnehmende aus 52 Ländern registriert und es gab 38 Panels, 18 Roundtables und 18 Workshops.

Die Leitung des ZFM, Prof. Karin Scherschel, war Chair des Panels „Teilhabe trotz Duldung? - Lebenssituationen, Vernetzungen und Good-Practice-Ansätze“. Dort referierte Marina Mayer, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsverbund „Teilhabe trotz Duldung?“, über Erkenntnisse über die hürdenreichen Wege von Menschen in Duldung in berufliche Ausbildung. Sie verdeutlichte, dass Personen in Duldung nur in Teilen an den sozialen Rechten partizipieren können, die das deutsche Ausbildungssystem verspricht.

Prof. Karin Scherschel war zudem zu einem Roundtable zum Handbuch Flucht- und Flüchtlingsforschung eingeladen, gemeinsam mit

Dr. J. Olaf Kleist (DeZIM), Dr. Dana Schmalz (Max-Planck-Institut für Völkerrecht) und Dr. Benjamin Etzold (BICC). Insgesamt zeigte die Konferenz die große methodische und inhaltliche Vielfalt in der Fluchtforschung, die sich zwischen der Debatte lokaler Handlungsansätze und supranationaler Entwicklungen bewegte.



Roundtable zum Handbuch Flucht- und Flüchtlingsforschung (linkes Bild)
Das Forschungsteam von „Teilhabe trotz Duldung?“ mit Violaine Dobel von der Stiftung Mercator (rechtes Bild)

Stadtpaziergang zur Ausstellung „@wasihnichtseht“ „Rassismus sichtbar machen“

Das ZFM und „Mensch in Bewegung“ luden am 30.10.24 im Rahmen der Ausstellung „@wasihnichtseht“ über Alltagsrassismus zu einem besonderen Spaziergang durch Eichstätt ein. Mitarbeitende des ZFM besuchten dabei mit den Teilnehmenden die verschiedenen Ausstellungsorte von „@wasihnichtseht“. Dabei gaben Marina Mayer, Benedict Bazyar-Gudrich und Dr. Angelika Laumer Einblicke in ihre Forschungsarbeit zu den vielfältigen Formen von Rassismus. Sie diskutieren gemeinsam mit den Teilnehmenden über Erscheinungsformen von Rassismus und über Handlungsmöglichkeiten, aber auch über das Ausstellungsformat. Start und Ziel war das Büro für die Bürgerschaft in Eichstätt. Ein abschließendes Get-together bot Raum für den Austausch von Gedanken und Eindrücken.



Die Ausstellung „@wasihnichtseht“, ein Projekt gegen Alltagsrassismus von Dominik Lucha, war bis zum 07.11.24 in Eichstätt im öffentlichen Raum zu sehen. Aus dem gleichnamigen Instagram-Projekt hervorgegangen, thematisiert sie die Erfahrungen von People of Color mit Rassismus im Alltag in Deutschland und animiert weiße Menschen zu antirassistischem Handeln.

Der Kreisjugendring Eichstätt trug und veranstaltete das Projekt in Kooperation mit dem Bereich Integration des Landratsamts Eichstätt. Die Ausstellung wurde durch die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Eichstätt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des BMFSFJ gefördert.



Vorträge, Workshops und Diskussionsbeiträge

JANUAR

Karin Scherschel

Mitorganisation der Tagung zum Forschungsprojekt „Teilhabe trotz Duldung? – Stadt gestalten, Zugänge öffnen, Aufenthalt sichern“, Düsseldorf

Karin Scherschel gemeinsam mit Floris Biskamp

„Rassismus und Antisemitismus erinnern. Zum Verhältnis von Erinnerung, Postkolonialismus und Antisemitismus“, Vortrag, Ringvorlesung Critical Nexus – Spannungsverhältnisse zwischen Antisemitismuskritik und Postkolonialismus des FIST-Kolloquiums Köln, Köln

MÄRZ

Elisabeth Lang

„Krisen der Erinnerung. Erwachsenenbildung als Aushandlungsort von Vergangenheit(en), Zugehörigkeit(en) und Identität(en)“, 29. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, „Krisen und Transformationen“, Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg

„Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung“, Workshop/Kinoseminar, Schulkinowoche Bayern, mit dem Fachbereich Erwachsenen- und Medienbildung der Diözese Eichstätt und dem Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung ISB

Liane Rothenberger gemeinsam mit Anna Zimmermann

„Storytelling in virtuellen Welten als Herausforderung für Lehre im Bereich ‚Formatentwicklung‘ und als Format für Wissenschaftskommunikation“, Social VR-Räume „Flucht“ und „KI und Medien“ der Eichstätt Journalistik, DGPK-Jahrestagung, Erfurt

APRIL

Karin Scherschel

„Spurwechsel und Chancenaufenthaltsrecht“, Organisation der Arbeitsgruppe, Tagung zum Thema „Facetten der Einwanderung“, Erfurt

„Kürzungen von Sozialleistungen für Asylbewerbende“, Sachverständige im Bundestag, Berlin

JUNI

Elisabeth Lang gemeinsam mit Raphaela Streng

„Holocaust Education in der Migrationsgesellschaft: Erinnerungskultur im Integrationskurs“, Workshop für Dozierende in Integrations- und Orientierungskursen des BAMF, Thementag der Volkshochschule Dachau, Universität Augsburg, Augsburg

Karin Scherschel

„Verhältnisbestimmungen von Rassismus und Antisemitismus. Rekonstruktion erinnerungspolitischen Kontroversen und zivilgesellschaftlicher Perspektiven im Forschungsprojekt EZRA“, Input, WinRa-Werkstatt Rassismus und Antisemitismus der Hamburg Bucerius Law School, Hamburg

JULI

Marina Mayer mit Benedict Bazyar-Gudrich

„The Construction of Race and Nature in German Colonial Discourse“, Workshop, FFTV International Summer School on Forced Migration and Governance 2024: „Climate (Im-)Mobility“, Nürnberg

Liane Rothenberger

„Media representations of migrants and refugees in the light of climate (im)mobility“, Workshop, FFVT International Summer School on Forced Migration and Governance 2024: „Climate (Im-)Mobility“, Nürnberg

Angelika Laumer

„Mehr als das Negativ. Zum Zusammenhang von sozialem Feld, mündlicher Konversation und gesellschaftlichem Vergessen“, interdisziplinärer Workshop zur Entwicklung von Eckpunkten einer vergessenssensiblen Biografieforschung, Hannover

SEPTEMBER

Liane Rothenberger

„Media representations of migrants and refugees in the light of climate (im-)mobility“, Keynote speech, Transformation Summer Camp 2024: „Diversity and Transformation“, Ingolstadt

Marina Mayer

„Hürdenreiche Wege in eine Ausbildung“, Vortrag im Panel: „Teilhabe trotz Duldung? – Lebenssituationen, Vernetzungen und Good-Practice-Ansätze“, 5. Konferenz des Netzwerks Fluchtforschung, Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), Bonn (hybrid)

Karin Scherschel gemeinsam mit Olaf Kleist, Dana Schmalz und Benjamin Etzold

Vortragende des Roundtables zum Handbuch „Flucht- und Flüchtlingsforschung“, 5. Konferenz des Netzwerks Fluchtforschung, Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), Bonn (hybrid)

Karin Scherschel gemeinsam mit Ilker Ataç und Susanne Spindler

„Teilhabe trotz Duldung? – Lebenssituationen, Vernetzungen und Good-Practice-Ansätze“, Mitorganisation des Panels, 5. Konferenz des Netzwerks Fluchtforschung, Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), Bonn (hybrid)

OKTOBER

Elisabeth Lang

„Wie lässt sich machtkritische Bildungsarbeit praktisch umsetzen?“, Beitrag zur Podiumsdiskussion, Fachtagung des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben „Machtstrukturen und Privilegien“, Bildungszentrum Braunschweig

NOVEMBER

Marina Mayer

„Motive und Social-Media-Präsenz des Rechtsrucks: ‚Ratlos dastehen in der fremd gewordenen Welt‘ (Freud 1915) - Zur Omnipräsenz von Hasspolitik“, Interview zu den Thesen des Vortrags, Akademietag der Akademie für Psychoanalyse und Psychotherapie, München

DEZEMBER

Karin Scherschel gemeinsam mit Elisabeth Lang und Angelika Laumer

„EZRA - Rassismus und Antisemitismus erinnern“, Projektvorstellung, Wissensnetzwerk Rassismusforschung (WinRa), online



**Bildung &
Coaching**

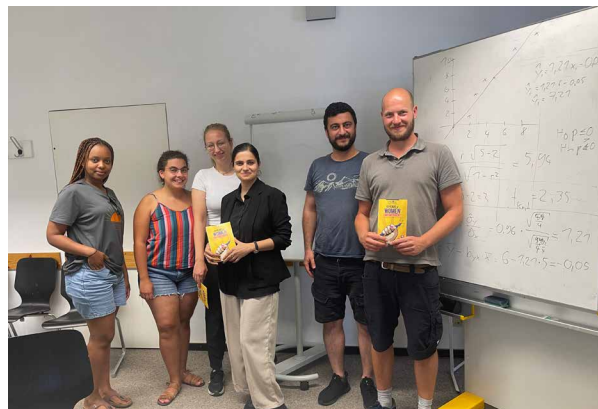


Master Flucht, Migration, Gesellschaft (FMG)

Im Herbst 2024 startete der siebte Jahrgang des vom ZFM entwickelten Masterstudiengangs „Flucht, Migration, Gesellschaft“. Seit dem Wintersemester 2019/20 ist der Master fester Bestandteil des Studienangebots der KU Eichstätt-Ingolstadt und seit dem Sommersemester 2021 erfolgreich durch die Agentur AQAS e.V. akkreditiert.

Auch in diesem Jahr wurde das reguläre Studienangebot des Masters durch eine Reihe an Fachvorträgen bereichert, wodurch die Studierenden vertiefte Einblicke in unterschiedliche Themenkomplexe gewinnen konnten. Dr. Olaf Kleist vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), Genevieve Cisse vom Goethe Institut Senegal, Britta Rabe vom Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. und Rafael Turunç von der Hilfsorganisation Sea Eye waren zu Gast im Modul „Institutionen und Praxis“ und stellten ihre jeweiligen Institutionen und Tätigkeitsfelder vor. Über die Vorträge konnten die Studierenden globale und lokale Institutionen im Arbeitsfeld Flucht und Migration kennenlernen und einen Einblick in zahlreiche Praxisfelder erhalten. Auch in anderen Modulen wurde das Studienangebot über externe Expertisen ergänzt. Im Modul „Psychische Gesundheit und Soziales“ sprach u.a. Prof. Gerhard Trabert zu Gesundheitsversorgung als Menschenrecht. Eraj Atiq stellte im Modul

„Medien und Öffentlichkeit“ die Arbeit des Women Media Center in Pakistan vor. Im Wintersemester waren zudem die Literaturwissenschaftlerin Maryam Aras und der Politik- und Rechtswissenschaftler Prof. Maximilian Pichl zu Gast in der Vorlesung des Grundlagenmoduls. Maryam Aras sprach zu postmigrantischer Literatur, Maximilian Pichl hielt einen Vortrag zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).



Eraj Atiq (Mitte) mit Master-Studierenden



Um den Master für potenzielle Studieninteressierte bekannter zu machen, veranstalteten Prof. Karin Scherschel und Lea Gelardi Infoveranstaltungen rund um den Studiengang „Flucht, Migration, Gesellschaft“. Im Rahmen dieser Online-Infovorträge konnten Studieninteressierte Informationen über Inhalte und Schwerpunkte des Masters sowie über das Bewerbungsverfahren erhalten. Zusätzlich war der Master mit einem eigenen Infostand am Tag der offenen Tür der KU vertreten.

Erstmalig fand in diesem Jahr ein Sommerfest für ehemalige und aktuelle Studierende, sowie Dozierende des Masters und Mitarbeitende des Lehrstuhls und des ZFM statt. In diesem Kontext wurden zudem die bisherigen Absolventinnen des Masters in einem feierlichen Rahmen verabschiedet. Das Fest bot einen schönen Anlass für alle am Studiengang Beteiligten bei Essen und Trinken zusammenzukommen und sich auszutauschen. Gerahmt wurde die Feier von musikalischen Beiträgen, die von Studierenden und Dozierenden des Masters gemeinsam gestaltet wurden.



Prof. Stojanov, Prof. Scherschel und Prof. Rothenberger mit den Absolventinnen

Engagement für gefährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Philipp-Schwartz-Initiative (PSI)

Die Philipp-Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung schreibt Fellowships für nachweislich gefährdete Forschende aus dem außereuropäischen Ausland aus. Aufenthalte an deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen werden für zwei bis drei Jahre durch Zuschüsse ermöglicht.

Scholars at Risk (SAR)

Die KU ist Mitglied im internationalen Netzwerk Scholars at Risk. Darin sind Hochschulen, Forschungsinstitutionen und Wissenschaftsorganisationen zusammengeschlossen mit dem Ziel, gefährdete Forscherinnen und Forscher zu schützen und die wissenschaftliche Freiheit zu stärken.

Schnittstelle ZFM

Das ZFM dient als Schnittstelle an der KU für beide Organisationen. Ansprechperson ist Marina Mayer.

Publikationen

Endres, Susanna; Evers, Tanja & Rothenberger, Liane (2024). On equal terms? Ethical challenges in communication research with vulnerable groups. In: Publizistik 69(3), (S. 267-297).

Goebel, Simon & Scherschel, Karin (2024). refugee studies. In: Jonas Nesselhauf & Florian Weber (Hrsg.), Handbuch kulturwissenschaftliche „Studies“ (S. 497-514). Berlin: DeGruyter.

Löffelholz, Martin & Rothenberger, Liane (2024). Journalismustheorie im digitalen Zeitalter. In: Martin Löffelholz & Liane Rothenberger (Hrsg.), Handbuch Journalismustheorien (S. 1-18). Wiesbaden: Springer.

Rothenberger, Liane & Schmitt, Melanie (2024). Refugee women in Media – prevalence, representation and framing in international media coverage. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 50(16), (S. 3913-3941).

Scherschel, Karin (2024). Prekarität und Flucht. Feministische und migrationssoziologische Perspektiven. In: Roland Atzmüller, Kristina Binner, Fabienne Décieux, Raphael Deindl, Johanna Grubner & Katharina Kreissl (Hrsg.), Gesellschaft in Transformation. Sorge, Kämpfe und Kapitalismus (S. 260-272). Weinheim: Beltz Juventa.

Scherschel, Karin (2024). Karin Scherschel im Gespräch mit Andreas Pott und Marcel Berlinghoff „Wen oder was meinen wir eigentlich, wenn wir von Flucht und Geflüchteten sprechen?“. In: Jochen Oltmer (Hrsg.), Fluchtreport 2024 (S. 129-138). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Spindler, Susanne; Langhooop, Gesa; Madjlessi-Roudi, Sarah; Mayer, Marina; Atac, Ilker & Scherschel, Karin (2024). „Leider ist es sinnvoll, das Mädel macht jetzt eine Ausbildung“ – Soziale Arbeit mit jungen Menschen in Duldung unter Zugzwängen des Migrationsregimes. In: Tim Middendorf & Alexander Parchow (Hrsg.), Junge Menschen in prekären Lebenslagen. Theorien und Praxisfelder der Sozialen Arbeit (S. 391-401). Weinheim: Beltz Juventa.

Laumer, Angelika (2024). „Kein Frieden für Zeitzeug*innen. Zu popkulturellen Neukontextualisierungen von Zeitzeugenschaft in der digitalen Gesellschaft“. In: Anika Reichwald, Julius Scharnetzky, Johannes Lauer, Hanno Loewy & Jörg Skriebeleit (Hrsg.), Ende der Zeitzeugenschaft? Über den Umgang mit Zeugnissen von Überlebenden der NS-Verfolgung (S. 152-173). Göttingen: Wallstein.

Laumer, Angelika (2024). „Am Horizont. Kinder von NS-Zwangsarbeiter_innen und das alltägliche Erinnern und Vergessen in der deutschen ländlichen Gesellschaft“. Weinheim: Beltz Juventa. <http://doi.org/10.3262/978-3-7799-7585-4>

Impressum

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Ostenstraße 26, 85072 Eichstätt

Herausgeber:

Zentrum Flucht und Migration Eichstätt
Marktplatz 13, 85072 Eichstätt
Vertreten durch: Prof. Karin Scherschel

Redaktion:

Zentrum Flucht und Migration

Layout und Satz:

Michaela Wittmann

Foto-/Bildnachweise:

ZFM (S. 1, 15, 17, 19, 21, 23, 24, 26,
29, 31, 43, 45, 46, 47, 54, 55)
Colourbox (S. 15, 17)
Fotostudio Kreuzberg (S. 26)
Unsplash/ Andrew Valdivia (S. 27)
Unsplash/ Yusuf Evli (S. 35)
Unsplash/ Filip Zrnzevic (S. 38/39)
Beltz Juventa (S. 43)
Bundestag (S. 44)
FAU Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg (S. 45)